

# Hochrangiges Expertentreffen

Bei einer Konferenz am 4. und 5. Juli 2007 in Wien berieten hochrangige Vertreter über die Umsetzung der Polizeikooperationskonvention für Südosteuropa.

Die Erhöhung der Sicherheit in der Westbalkan-Region war ein Schwerpunkt Österreichs während der EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2006. Über Initiative Österreichs wurde am 5. Mai 2006 in Wien die Polizeikooperationskonvention für Südosteuropa unterzeichnet. Am 5. Juli 2007 trafen sich die Vertreter der Unterzeichnerstaaten sowie von Partnerländern und Partnerorganisationen in Wien, um die bisherige Umsetzung zu bewerten und weitere Schritte zu definieren.

Teilnehmer des „High-Level-Meetings“ am 4. und 5. Juli 2007 in Wien waren Vertreter Österreichs, Deutschlands und Sloweniens, der Unterzeichnerstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Rumänien und Serbien, der Europäischen Kommission, von Europol, der OSZE, des Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF) und des International Centre for Migration Policy Development (ICMPD). Innenminister Günther Platter hob bei der Eröffnung der Veranstaltung die Wichtigkeit der grenzüberschreitenden internationalen Zusammenarbeit hervor. „Alle Herausforderungen für unsere innere Sicherheit sind heute internationale Probleme wie Terrorismus, organisierte Kriminalität oder das globale Phänomen der illegalen Migration. Wir alle müssen daher verstärkt international zusammenarbeiten, wenn wir die Sicherheit in unseren Ländern garantieren wollen“, sagte Platter. Er sicherte den anwesenden



**Innenminister Günther Platter: „Wenn wir die Sicherheit in unseren Ländern garantieren wollen, müssen wir alle verstärkt zusammenarbeiten.“**

hochrangigen Vertretern die österreichische Unterstützung bei der Umsetzung der Konvention zu. Österreich als Mitinitiator der Konvention habe großes Interesse, dass diese nicht ein „schönes Papier“ bleibe, sondern ihren tatsächlichen Nutzen entfalten könne, betonte der Minister. Den Vorsitz beim Expertentreffen führte Dr. Wilhelm Sandrisser vom österreichischen Bundesministerium für Inneres, der unter anderem die Bereiche Internationales und EU-Koordination leitet.

**Stand der Ratifizierung.** Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedoni-

en und Serbien haben die Polizeikooperationskonvention bereits ratifiziert; Die Konvention tritt am 10. Oktober 2007 in Kraft. In den restlichen Vertragsstaaten ist die Ratifikation noch im Gange.

Vertreter Österreichs und des DCAF präsentierten Vorschläge zur Umsetzung der Konvention. Dabei wurde die Notwendigkeit und Wichtigkeit eines gut funktionierenden Sicherheitssystems an den Grenzen und die Zusammenarbeit der Polizei in Südosteuropa hervorgehoben.

**Bei der Expertentagung** wurde beschlossen, eine Steuerungsgruppe einzurichten, die den weiteren Umsetzungsprozess begleiten, das Ministerkomitee beraten und jährliche Berichte über die Fortschritte verfassen soll. Dieses Gremium wird zweimal im Jahr zusammentreten. Außerdem wurde die Einrichtung von zwei Arbeitsgruppen zur Umsetzung der Konvention vereinbart, die sich mit dem integrierten Grenzmanagement bzw. mit der Polizeizusammenarbeit beschäftigen werden. Die beiden Arbeitsgruppen werden Empfehlungen für die Vertragsparteien ausarbeiten. Das erste Treffen der Arbeitsgruppe Polizei-Zusammenarbeit wird im November 2007 in Wien stattfinden. Sollte es notwendig sein, werden auch Ad-hoc-Arbeitsgruppen zusammentreten. Die vertretenen internationalen Partner sagten ihre Unterstützung für dieses Umsetzungskonzept zu. Das DCAF will zudem eine eigene Unterstützungseinheit einrichten.

## GENFER ZENTRUM

### DCAF

Das Genfer Zentrum für die Demokratische Kontrolle der Streitkräfte (*Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces – DCAF*) wurde im Oktober 2000 auf Initiative der Schweizer Regierung gegründet. 46 Regierungen sind im Gründungsrat vertreten, darunter Österreich. Aufgabe der internationalen Stiftung ist es,

Staaten und nicht staatliche Institutionen bei der Stärkung der demokratischen und zivilen Kontrolle der Streit- und Sicherheitskräfte zu unterstützen sowie Reformen auf dem Sicherheitssektor in Übereinstimmung mit den demokratischen Normen zu fördern und voranzutreiben. Zur analytischen Hauptarbeit gehören unter anderem:

- Leitlinien, Normen und bewährte Verfahrensweisen auf dem Gebiet der

demokratischen Regierungsführung im Sicherheitssektor;

- Theorien und Praktiken der Sicherheitssektorreform (einschließlich Verteidigungsreform);

- Parlamentarische und zivile Aufsicht über Streitkräfte, Polizei, innere Sicherheitskräfte, Geheim- und Nachrichtendienste sowie Grenzsoldaten;

- Reform des Sicherheitssektors.

<http://www.dcaf.ch>